

Beschluss des Landrats vom 09.05.2019

Nr. 2637

28. Einführung Stundendotation Informatik auf der Sekundarstufe 1 2019/62; Protokoll: mko

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) informiert, dass der Regierungsrat den Vorstoss als Postulat entgegennehme. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Für **Klaus Kirchmayr** (Grüne) ist die Informatikausbildung entscheidend. Der Kanton Baselland liegt im schweizweiten Vergleich abgeschlagen auf dem letzten Platz. Die Praktiker an der Front sagen ganz klar, dass das Unterbringen des Informatikunterrichts in bestehenden Fächern (seien das Mathematik, Medienkunde, Deutsch) zu einer Verzettelung und einem ineffizienten Unterrichten führt. Mit anderen Worten kann dadurch im gleichen Zeitraum deutlich weniger an entsprechendem Lerninhalt vermittelt werden. Es ist darum entscheidend, dass Baselland nicht auf der letzten Position verweilt. Wenn Benchmarking und Ranking für einmal etwas transparent machen, dann dies, dass der Nachholbedarf für den Kanton offensichtlich ist. Entsprechend ist der Motionär nicht einverstanden, wenn auf dem eingeschlagenen Pfad weitergegangen und geschaut wird, wie man den Stoff irgendwie in den bestehenden Rahmen reinquetscht. Der Landrat muss bereit sein, ein Bekenntnis zu einer strategischen Anpassung der Lerninhalte abzugeben. Es ist aber nicht möglich, in diesem Bereich besser zu werden, ohne dabei Geld in die Hand zu nehmen. Das Lektionendeputat gibt Rahmenbedingungen vor. Der Votant ist sich sehr bewusst, dass im bestehenden Lektionendeputat ein sinnvolles Unterbringen nicht möglich ist. Im Bewusstsein, dass dies nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Schule, sondern langfristig auch des Kantons stärkt, haben andere Schulen diesen Weg beschritten.

Ein Ja zur Motion würde einen klaren Auftrag an die Regierung bedeuten, die Ressourcen freizugeben, um endlich ins Mittelfeld vorzustossen. Dazu braucht es jetzt aber ein Handeln. Man unterstütze deshalb die Motion – es geht um relativ viel im Bildungswesen.

Paul Wenger (SVP) weist darauf hin, dass Regierungspräsidentin Monica Gschwind das Anliegen nicht nur gutheisst, sondern es bereits innerhalb der Verwaltung umsetze. Die Wichtigkeit der Informatik ist bei jedem halbwegs vernünftigen Menschen unbestritten. In der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission ist man unter anderem dabei, zu beraten, wie die Sekundarschulen mit Informatikequipment ausgerüstet werden sollen. Das angestrebte Ziel ist somit in der Direktion bereits in Bearbeitung. Die SVP-Fraktion vertraut auf diese Ansage und wird die Motion deshalb nicht unterstützen. Sie wird den Vorstoss dafür geschlossen als Postulat überweisen.

Pascal Ryf (CVP) stattete vor kurzem auf Einladung des Arbeitgeberverbands Basel-Stadt dem ICT Scouts / Campus in Muttenz einen Besuch ab. Ein ehemaliger Schulleiter baute dort ein schweizweit florierendes Institut auf, wo es darum geht, begabte Kinder und Jugendliche – ähnlich wie beim Fussball – möglichst früh zu sichten und im Campus zu fördern. Jeden Samstag pilgern offenbar über 100 Kinder und Jugendliche freiwillig in den Campus, um dort programmieren zu lernen. Es handelt sich um ein unglaubliches Erfolgsprojekt. Das Problem ist, dass es heute an den Schulen zu wenig informatikaffines Lehrpersonal gibt, um die Kinder adäquat darin zu unterrichten, obwohl in Sachen IT ein riesengrosser Bedarf besteht. Es gibt private Anbieter wie der ICT Scout / Campus, mit dem der Kanton auch einen Leistungsauftrag hat. Die Förderung ist auf der einen Seite toll, auf der anderen Seite sollte das auch Aufgabe des Kantons sein. Schweizweit gibt es ein Spektrum von 0 bis 3 Informatik-Lektionen an den Schulen, wobei Baselland mit 0 Lektionen dasteht. Die CVP/BDP-Fraktion ist deshalb der Meinung, dass etwas unternommen werden

muss. Sie wird den Vorstoss als Postulat unterstützen, wohingegen der Votant auch die Motion unterstützen würde. Warum nur das Postulat? Die Fraktion weist darauf hin, dass die Dotation in der Kompetenz des Bildungsrats liegt. Andererseits sollen ohnehin vermehrt Informatik-Lehrpersonen geschult werden, damit in der Schule nicht nur Word, Office und PowerPoint unterrichtet werden, sondern auch die Programmiersprache.

Jan Kirchmayr (SP) informiert, dass die SP-Fraktion den Vorstoss als Motion unterstütze. Der Kanton möchte Sek-Schülerinnen und -Schüler eins zu eins mit Geräten ausrüsten. Bei der Hardware-Ausrüstung darf es jedoch nicht bleiben. Damit die Schülerinnen und Schüler auch kompetent werden, braucht es noch zwei weitere Dinge: Fort- und Ausbildung für Lehrpersonen sowie ein fixes Unterrichtsgefäss. Regierungspräsidentin Monica Gschwind wird später darauf hinweisen, dass die Medienpädagogik im Fach Deutsch und die Informatik in Mathematik integriert seien. Das reicht nicht. Sek-Lehrpersonen erzählen einem, dass dieser Unterricht auf ihrer Stufe zu kurz kommt und heute in der Praxis nicht mehr ausreicht. Wenn alle Schülerinnen und Schüler neu eins zu eins mit einem Gerät ausgerüstet werden, brauchen sie eine fixe Wochenstunde (oder mehrere), in denen sie mit den Grundskills, der Anwendung und mit den Praxiskenntnissen vertraut gemacht werden. Dazu gehören nicht nur Office-Programme, sondern auch Programmiersprachen. Wenn man schon auf Wahlplakaten verkündet, man sei für die Digitalisierung der Gesellschaft und der Bildung, muss man nun Nägel mit Köpfen machen und den Vorstoss als Motion überweisen. Die Regierung möchte es bei einem Postulat belassen, auch mit der Begründung, weil man das Thema zusammen mit den Gemeinden anschauen möchte. Das ist der falsche Moment, denn es sind die Sek-Schülerinnen und Schüler, die vom Kanton mit Geräten ausgerüstet werden – und nicht die Primarschulen. Vor allem ist auch ein Fakt, dass die Informatikausrüstung an den Primarschulen enorm different zu jener ist, die im Kanton vorhanden ist. Auf S. 1 der Motion kann man mit eigenen Augen sehen, wie viel an Informatikunterricht im Kanton heute überhaupt stattfindet: Es sind in Tat und Wahrheit 0 Stunden. Das Thema ist integriert in Deutsch und Mathematik. Da reicht es aber nicht, wenn der Kanton in Zukunft sämtliche Schülerinnen und Schüler ausrüsten möchte. Wer A sagt, soll auch B sagen.

Für die FDP-Fraktion stelle, laut **Heinz Lerb** (FDP), Informatik ein Schulfach von sehr hoher Wichtigkeit dar. Bekanntlich ist sie nicht separat in der Stundentafel ausgewiesen, sondern im Mathematikunterricht integriert. Wie die Regierung ist die Fraktion der Meinung, dass eine Einführung der Stundendotation für die gesamte Volksschule geprüft werden soll. Je früher Schülerinnen und Schüler in Informatik unterrichtet werden, desto besser sind sie später für die schulische und berufliche Zukunft gerüstet. Aus obigen Gründen unterstützt die FDP-Fraktion die Überweisung des Vorstosses als Postulat – mit klarem Auftrag, die Prüfung auf die ganze Volksschule auszudehnen.

Jürg Wiedemann (GU) war in der Vergangenheit stets hin- und hergerissen. Auf der einen Seite machte der Lehrplan 21 eine ganz andere Überlegung, indem die Informatik als Einzelstunde aufgegeben und sie in einzelnen Fächern integriert wurde. In Baselland waren das die Fächer Mathematik und Deutsch, und pro Sekundarschuljahr werden 0,5 Lektionen darin unterrichtet. Wenn die Regierungspräsidentin sagt, dass dies nicht zulasten der integrierenden Fächer gehe, ist das richtig, denn diese wurden entsprechend aufgestockt. Der Votant hatte dies lange Zeit unterstützt, weil er fand, dass die Informatik anwendungsbewusst sein sollte.

Allerdings hat man unterschätzt, dass es auch Lehrpersonen mit entsprechenden Fähigkeiten für den Informatikunterricht braucht. Bei der aktuellen Umsetzung müssten also sämtliche Deutsch- und Mathelehrpersonen diesbezüglich auf einem sehr hohen Niveau sein oder gehoben werden. Davon ist man heute aber meilenweit entfernt. Vor einem halben Jahr besprach der Votant das Thema mit AVS-Chef Beat Lüthy, als die Frage aufkam, ob man die betreffenden Lehrpersonen in eine Weiterbildung schicken sollte. In dem Fall, so sagte der Votant damals, bekäme man wohl

dasselbe Probleme wie bei den Fremdsprachenlehrpersonen betreffend «Milles feuilles» und «Clin d'œil». Weil die Lehrpersonen in der Menge nicht die Qualität haben, braucht es wohl eine Einzelstunde, in der spezialisierte Informatiklehrpersonen auf einem hohen Level das Wissen an die Schülerinnen und Schüler weitergeben. Damit wären die Mathe- und Deutschlehrpersonen entlastet. Jan Kirchmayr reichte vor einigen Monaten einen ähnlichen Vorstoss ein, den der Votant damals noch bekämpft hatte. Heute sieht er die Wichtigkeit ein, dass man in dieser Frage über die Bücher geht.

Die Frage ist, ob das Ziel mit einem Postulat auch erreicht werden kann. Es ist klar, dass man damit in den Kompetenzbereich des Bildungsrats vorstossen würde, da dieser für die Stundentafel zuständig ist. Dies hat das Parlament allerdings schon mehrfach getan – zum Beispiel als es ihm wichtig schien, die Einzelfächer im Bildungsgesetz zu verankern. Es ist gleich bei der Informatik: Diese Kompetenz ist aus wirtschaftlich-gesellschaftlichen Gründen derart wichtig, dass man sie als Einzelstunde in die Stundentafel integrieren sollte. Der Vorstoss lässt offen, wie genau deren Ausgestaltung aussieht. In dem Fall funktioniert das aber nur mit einer Motion. Bei einem Postulat würde der Ball an den Bildungsrat gehen, der als Dreizehnergremium entscheidet und das Anliegen sogar ablehnen kann. Damit wäre man wieder gleich weit wie heute. Das Thema ist aber derart wichtig, dass man mit dem Überweisen der Motion nun ein Zeichen setzen sollte – und damit dem Bildungsrat deutlich macht, dass man die Informatik als Einzelstunde in der Stundentafel sehen möchte. Die glp/GU-Fraktion ist einstimmig dieser Ansicht.

Oskar Kämpfer (SVP) ist in der Zwickmühle. Der Bedarf ist unbestritten. Trotzdem ist er der Meinung, dass die Kompetenz beim Bildungsrat liegen und er die Aufgabe zur Umsetzung erhalten müsste. Es sei denn, man würde es ins Bildungsgesetz schreiben, was aber nicht das Ziel sein kann – auch weil es sonst zu lange dauern würde. Der Votant ist nicht sicher, ob es nicht besser wäre, wenn der Motionstext sowohl auf den Regierungsrat als auch auf den Bildungsrat zielen würde. Dann wäre die Auftragslage relativ klar. Man kann natürlich dem Regierungsrat den Auftrag geben, der ihn dann an den Bildungsrat weitergibt. Das wäre aber nicht im Sinn und Geist der letzten Volksabstimmung, als sich die Bevölkerung gegen einen Bildungs-Beirat ausgesprochen hatte. Man kann sich natürlich immer wieder über diesen Entscheid hinwegsetzen – oder aber respektieren, dass die Kompetenzen offenbar so verteilt sein sollen.

Der Votant ist mit Jürg Wiedemann einig, dass es spezialisierte Lehrer braucht. Die jetzigen Fachpersonen können dies wahrscheinlich nicht, wohingegen man geeignete Personen möglicherweise auf dem Markt findet. Die Frage ist aber, wem man den Auftrag gibt, damit er auch umgesetzt wird? Die Motion wäre an sich das Richtige, ein Postulat wäre möglicherweise nicht schnell genug – es sei denn, der Regierungsrat wäre bereit, es als «Handlungspostulat» entgegen zu nehmen, um die Aufgabe dann dem Bildungsrat zu übertragen. Eine komplizierte Geschichte, aber es wird wohl kaum anders gehen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) ist dankbar für das Votum von Oskar Kämpfer. Er hatte sich lange überlegt, bei wem die Kompetenz liegen sollte – bei der Regierung oder beim Bildungsrat. Geht es rein ums Thema Stundentafel und Verteilung, ist die Sache beim Bildungsrat richtig. Wie viel zu verteilen wäre, läge allerdings in der Kompetenz von Regierung und Landrat. In dieser Zwickmühle befindet man sich. Es ist unwahrscheinlich, dass der Bildungsrat herausfinden kann, ob und wie Verschiebungen zugunsten der Informatik möglich sind. Dies herauszufinden wäre eigentlich ein Auftrag sowohl an die Regierung als auch an den Bildungsrat, wie das Oskar Kämpfer bereits ausgeführt hatte.

Warum eine Motion? Dies hat nicht zuletzt persönliche Gründe. Der Votant befindet sich in der Endphase seines Informatik-Masterstudiums an der ETH und erlebt somit ein bisschen, was dort an Entwicklung abgeht. Handeln ist tatsächlich dringlich. Das Thema kann nicht warten. Längeres Prüfen ist mühsam und zeitraubend. Man muss nun in einen Handlungsmodus kommen, was be-

deutet, dass die Regierung entscheidet, entsprechende Mittel bereit zu stellen und diese dem Landrat zu beantragen. Das geht nur, wenn die Motion überwiesen wird, denn es ist die einzige Chance, den Posten im nächsten (oder übernächsten) AFP wiederzufinden. Ist man sich über Wichtigkeit und Dringlichkeit des Anliegens einig, sollte man für eine Motion stimmen. Die Regierung hat damit immer noch mehr als genügend Handlungsmöglichkeiten, etwas anzubieten.

Paul Wenger (SVP) findet, dass seine beiden Vorredner sehr zentrale Sätze ausgesprochen haben. In der Motion wird gefordert, dass die Stundendotation für das Fach überprüft werden soll. Es gibt aber noch ein anderes Problem. Wenn die Fachkompetenz von Informatiklehrpersonen einen gewissen Standard erreichen soll, müssen die Personen folgerichtig auf Fachhochschul- oder Hochschulstufe ein Informatikstudium absolviert haben – oder etwas Vergleichbares. Die formalen Anstellungsbedingungen im Kanton lassen es kaum zu, für Einzelstunden Lehrpersonen zu verpflichten. Es gibt Lehrpersonen oder Informatiker, die die Fächer durchaus kompetent unterrichten könnten. Sie sind aber nicht bereit, eine ellenlange pädagogische Zusatzausbildung zu absolvieren, bis sie ein anerkanntes Diplom ergattert haben. Hier muss man flexibler werden, um solche Lehrpersonen mindestens in einer Übergangsphase anzustellen. Solange das nicht möglich ist, findet man diese Lehrpersonen nicht. Die PH-Ausbildung reicht dafür definitiv nicht aus.

Simone Abt (SP) glaubt sagen zu können, dass der Bildungsrat erfreut wäre, wenn das Anliegen per Motion an die Regierung gelangte, damit diese ein Lektionendeputat bearbeite. Der Bildungsrat kann noch so sehr versuchen, die Informatik als Fach irgendwie in das bestehende Lektionendeputat zu quetschen – er würde es kaum schaffen. Es wäre ausserordentlich schwierig, auch für die Schülerinnen und Schüler, wenn man bestehende Lektionen beschneiden würde, um die entsprechenden notwendigen (und wichtigen) Lektionen für die Informatik freigeben zu können. Dem Landrat ist sehr zu empfehlen, die Motion zu überweisen.

Würde man das Postulat überweisen, so würde laut **Jan Kirchmayr** (SP) der Bildungsrat damit beauftragt werden, innerhalb der bestehenden Studentafel Informatikstunden zu finden. In der Sek I wird die neue Studentafel im Moment aufsteigend eingeführt. Im Moment ist man im zweiten Schuljahr angelangt. Würde man hier schon wieder eine Änderung bei den Lektionen machen und sie neu verteilen etc., würde das ziemlich kompliziert werden. Deshalb ist die Motion der richtige Weg, weil damit der Regierungsrat damit beauftragt wird, am Lektionendeputat etwas zu ändern. Der Bildungsrat würde dann abschliessend über die Studentafel entscheiden. Man weiss ja schliesslich auch, dass in der Sek II die Informatik kommt, weshalb es Sinn macht, wenn in der Sek I mit einer Einzellektion vorgespurt wird. Die Bedeutung dieses Vorgehens wurde zuvor von Jürg Wiedemann ausgeführt.

Zu den Lehrpersonen: Zu seiner Zeit als Sek I-Schüler gab es Informatikunterricht, wie es das auch heute an gewissen Schulen (im Rahmen eines ergänzenden Angebots) gibt. Dabei handelte es sich um ausgebildete Lehrpersonen. Viele Lehrpersonen, die MINT-Fächer unterrichten, konnten während ihrer Ausbildung auch einen Informatikteil geniessen. Es sind also qualifizierte Lehrpersonen vorhanden. Natürlich braucht es, wenn man so etwas einführt, weitere Anstrengungen – die aber zugunsten der Sek II-Lehrpersonen, die später an Gymnasien unterrichten, ohnehin unternommen werden. Mit einer Motion kann man deshalb Gas geben, damit die Informatik auf der Sek I-Stufe als Einzelfach eingeführt wird.

Martin Rüegg (SP) meint, dass man kaum um den Bildungsrat herum komme, denn eine Stundendotation in einem Fach lässt sich erst erhöhen, wenn sie in der Studentafel abgebildet ist. Dies ist nun mal Aufgabe des Bildungsrats. Zudem sollte man ein Fach erst unterrichten, wenn man weiss, was man unterrichtet. Dafür braucht es einen Lehrplan – und nicht bloss ausgebildete Lehrpersonen. Dies sollte man bedenken.

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) hat in der Diskussion vieles gehört, und eigentlich war alles richtig. Im Anschluss an das Votum von Martin Rüegg möchte die Regierungspräsidentin nachschieben, dass es einen Lehrplan Medien und Informatik gibt, der auf dem Lehrplan 21 basiert und verfeinert wurde. Klaus Kirchmayr sei gesagt, dass man dieselben Voraussetzungen wie die anderen Kantone hat, mit der Ausnahme, dass hier die Studentafel anders aufgebaut und der Stoff in die Fächer Deutsch und Mathematik eingebaut ist. Es handelt sich unbestritten um ein wichtiges Thema und man ist auch daran, dieses zu bearbeiten.

Die Studentafel wird vom Bildungsrat beschlossen. Nach intensiven Diskussionen entschied er sich für die genannte Einbettung, wie das auch in anderen Kantonen gemacht wird.

Jan Kirchmayr hatte richtig darauf hingewiesen, dass in der Sek II ein Fach Informatik geplant ist. In der Tat kann man damit nicht erst im Gymi einsetzen, sondern es gilt, bereits in der Primarschule das Wissen aufzubauen. Das bedeutet, dass es auch Auswirkungen auf die Studentafel der Primarschule geben wird. Dabei kommt aber das Problem zum Tragen, dass die Gemeinden ganz intensiv davon mitbetroffen sind. Urs Kaufmann hatte im vorherigen Traktandum von einem VAGS-Projekt gesprochen. In diesem Fall wäre dieser Schritt weitaus mehr gerechtfertigt.

Eine von Paul Wenger gemachte Bemerkung betraf die Herausforderung bezüglich Hardware; es gibt aber auch die technische Herausforderung. Es gilt, eine Cloud-Lösung zu erarbeiten, an der sich auch die Gemeinden beteiligen können. Das Problem ist, dass es keine ausgebildeten Informatik-Lehrpersonen gibt, weder auf Primar- noch auf Sekundarstufe. Auch für die Gymnasien müssen sie erst ausgebildet werden. Das ist heute Mangelware. In der Primarlehrerbildung – den Ball hatte die Regierungspräsidentin schon lange mit der PH ins Rollen gebracht – ist heute Informatik integriert, in der Sekundarlehrerbildung leider noch nicht. Aber es kommt: Es ist angedacht, dass in der Masterausbildung die Informatik berücksichtigt wird. Man muss aber auch die bereits ausgebildeten Lehrpersonen entsprechend weiterbilden. Dies ist wichtig und es gilt, unbedingt zu intensivieren.

Was ist das Beste? Man ist eng am Thema dran. Der Bildungsrat soll sich nochmals über die Studentafel beugen, damit ist die Votantin einverstanden. Es ist zu diskutieren, ob das Lektionendeputat erhöht werden soll oder nicht, was selbstverständlich Kosten auslöst. Für die Sekundarschulen geht man von rund CHF 2 Mio. aus. Diese Kosten muss man dem Landrat unterbreiten.

Es ist klar, dass die Motion nicht direkt auf den Bildungsrat durchschlagen kann. Martin Rüegg hatte bereits darauf hingewiesen, dass der Landrat höchstens seine Wünsche signalisieren könne. Die Votantin wird diese selbstverständlich in das Gremium tragen, um das Thema dort erneut zu diskutieren. Dies wird in der neuen Legislatur der Fall sein.

Aus all diesen Gründen hat sich der Regierungsrat dafür ausgesprochen, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen, um eine Auslegeordnung vornehmen zu können und aufzuzeigen, was dies alles bedeutet – insbesondere für die Primarschulen. Denn die Votantin fühlt sich der Verfassung verpflichtet, die Gemeinden nicht zu übersteuern, sondern sie ganz eng in den Prozess einzubeziehen. Es kann natürlich ein Weg sein, die Sek vorzuziehen und später eine Lösung für die Primarstufe zu finden. Die Votantin ist aber der Meinung, dass beide Studentafeln gleichzeitig und aufeinander abgestimmt angeschaut werden müssen. Ebenso müssen Aus- und Weiterbildungen nachgerüstet werden. Sie bittet deshalb den Landrat, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Florence Brenzikofer (Grüne) repliziert auf das Votum der Regierungspräsidentin, die mehrfach die Primarschulen erwähnt hatte. Es wird in der Tat geprüft und angegangen. Im Vorstoss von Klaus Kirchmayr geht es aber um die Sek I-Stufe und es ist wichtig, dass unverzüglich gehandelt wird, damit die Schulabgängerinnen und Schulabgänger gerüstet sind. Man hat beim Vorstoss über politische Bildung gesehen, dass es nicht viel gebracht hat, als man ihn mehrfach als Postulat

überwiesen hatte. Deshalb soll der Vorstoss jetzt als Motion überwiesen werden. Man muss jetzt handeln. Es darf nicht sein, dass das Thema noch weiter hinausgestüdelet wird.

://: Mit 59:17 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Motion überwiesen.
